

Zeitung der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft

BACKBORD

Herbst/Winter 2026

*Es
reicht!*

KÜRZT EUCH DOCH SELBST!



Die Linke

Fraktion Hamburg

EDITORIAL

”

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

noch nie waren die Deutschen so reich wie heute: So steht es im neuen Weltvermögensbericht. Demnach summiert sich der Besitz in unserem Land auf 9.900 Milliarden Euro – ein Plus von 4,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Aber wie ist es bei Ihnen? Wird es bei Ihnen auf dem Konto auch so viel voller? Steigt Ihr Vermögen auch so rasant? Wahrscheinlich nicht, denn das Wachstum ist ungleich verteilt. Reicher werden vor allem diejenigen, die ohnehin viel haben. Wer normal arbeitet, hat nichts davon, wenn der Wert von Immobilien, Aktien oder Firmen steigt.

Ebenso ungerecht wie die Verteilung der Vermögen ist die gegenwärtige Kürzungspolitik. Sowohl die Große Koalition in Berlin als auch Rot-Grün in Hamburg streichen gerade soziale Leistungen zusammen. Den Reichen kann das egal sein, denn sie sind darauf ja nicht angewiesen.

Umso wichtiger ist es, dass sich alle anderen zusammenschließen – gegen die ungerechte Politik. Am 26.9. haben wir mit 13.000 Menschen in Hamburg an der Seite der Gewerkschaften demonstriert. In der Bürgerschaft werden wir uns in den Haushaltsberatungen mit aller Kraft gegen die Kürzungspolitik stemmen. Es reicht!

Herzlich, Heike Sudmann und David Stoop

(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)



SPARPOLITIK

KAPUTT GEKÜRZT

Mit immer neuen Horror-Vorschlägen legen Bundesregierung und Hamburger Senat die Axt an den Sozialstaat. Das, was sie „Reformen“ nennen, trifft allerdings die Falschen – und gefährdet den sozialen Frieden

Es ist ein Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme, wie wir ihn seit vielen Jahren nicht erlebt haben. Krankenversicherung, Bildung, Pflege, Rente, Wohngeld, Grundsicherung: In praktisch allen sozialen Bereichen werden zurzeit Gelder gestrichen – oder Kürzungen geplant. Weil dem Finanzminister in Berlin und dem Finanzsenator in Hamburg das Geld ausgeht.

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht irgendwo eine soziale Grausamkeit verkündet wird. Es sind Maßnahmen, die in erster Linie die arbeitende und arme Bevölkerung treffen. Wir sollen länger arbeiten und später in Rente gehen. Mehr Kitaggebühren zahlen, mehr Eigenanteil bei Medikamenten, mehr Gebühren auf dem Amt.

Die Armut wächst, die Vermögen auch

Mehr noch: Im kommenden Haushalt ist vorgesehen, die Zuwendungen an soziale Einrichtungen zwar zu erhöhen. Aber so minimal, dass es nicht ausreicht, die steigenden Kosten auszugleichen. Die Folge: Sparmaßnahmen und Leistungskürzungen sind in den kommenden Jahren praktisch überall zu erwarten.

Wer viel Geld hat, dem kann das egal sein: Reiche brauchen all diese Leistungen entweder gar nicht – oder sie können sich die Erhöhungen locker leisten. Für alle anderen aber sind die Pläne, gerade in der Summe, eine Katastrophe.

Und nicht nur für sie, sondern für die Gesellschaft insgesamt. Besonders vom Kürzungsdruck betroffen sind ausgerechnet die Bereiche Bildung und Wissenschaft. An der Hafencity-Universität etwa soll das Personal um mehr als 20 Prozent zusammengestrichen werden. Im schulischen Ganztag wird bei den Nachmittagsangeboten gekürzt. Wer aber bei Jugend und Bildung spart, setzt die Grundlagen unserer Zukunft aufs Spiel.

Das treibt die Spaltung der Gesellschaft immer weiter voran. Wie der Senat selbst berichtet, ist die Armutsgefährdungsquote in unserer Stadt auch im letzten Jahr wieder angestiegen: Etwa ein Fünftel



Am 26.9. protestierten in Hamburg 13.000 Menschen gegen die Kürzungen

der Hamburger*innen ist betroffen. Bei der Altersarmut ist Hamburg im Bundesvergleich sogar an der Spitze. Gleichzeitig häufen die Reichen immer größere Vermögen an.

Anstatt aber genau diese Vermögenden angemessen an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben zu beteiligen, werden sie von den Regierenden weiterhin geschont – etwa durch Steuerprivilegien bei der Erbschaftssteuer oder mit der Absenkung der Körperschaftssteuer für Konzerne. In der Hamburger Steuerverwaltung sollen jetzt sogar 150 Stellen gestrichen werden. Das führt dazu, dass noch weniger Betriebsprüfungen stattfinden und ein ordentlicher Steuervollzug kaum noch gewährleistet werden kann.

In Hamburg wie in Berlin wird es Zeit, dass sich die Perspektive ganz grundsätzlich ändert. Nicht immer an den Sozialausgaben sparen. Sondern denjenigen mehr Lasten auferlegen, die in der Lage sind, sie zu tragen. Es gäbe genügend Möglichkeiten, den Staatshaushalt wieder gesund zu machen: unsinnige Großprojekte einstampfen, die grenzenlose Aufrüstung eindämmen und die Einnahmen erhöhen – etwa durch eine Millionärssteuer (siehe kommende Doppelseite).

WOHNGELD

Bis zu 2 Milliarden Euro jährlich will die Bundesregierung beim Wohngeld sparen. Dazu soll es neu berechnet werden. Allein in Hamburg würden dadurch 9000 Haushalte ihren Anspruch verlieren. Wer es nicht ganz gestrichen kriegt, muss mit deutlich weniger Geld rechnen. Auch der Hamburger Senat hat das Wohngeld als Sparschwein entdeckt. Im kommenden Haushalt sollen 40 Millionen gestrichen werden – das entspricht einer Kürzung um ein Viertel!

OFFENE KINDER- UND JUGENDARBEIT

In der Hälfte der Jugendclubs, Bauspielplätze und Spielhäuser in Hamburg arbeiten weniger als zwei Leute Vollzeit. Das bedeutet: Bei Krankheit oder Urlaub bleibt das Haus zu. Statt hier aufzustocken, wird gekürzt. Denn ein kleines Plus von 1,5 Prozent deckt weder Tarifsteigerungen noch Inflation. Tatsächlich gebraucht werden mindestens 15 Millionen Euro mehr für diese unersetzlichen Einrichtungen.

INKLUSION

Mehr als 4.000 Kinder in Hamburg sind auf eine Schulbegleitung angewiesen. Vielen von ihnen wurde sie zum Schuljahresbeginn komplett weggekürzt. Die Folge: Mehrmals wurden Kinder mit Betreuungsbedarfen in der Stadt umherirrend aufgegriffen. Auch bei der Eingliederungshilfe wird auf dem Rücken von Menschen mit Behinderung gekürzt.

KUNST UND KULTUR

Mehrere Hundert Millionen Staatsgelder für die elitäre Kühne-Oper? Kein Problem, trotz angeblich leerer Kassen. Aber wenn es darum geht, Livekultur und Clubs zu erhalten, wird kräftig gekürzt. Dem Reeperbahnfestival hat der Bund schon mehr als die Hälfte der Zuschüsse gestrichen. Auf der Kürzungsliste stehen außerdem interkulturelle Projekte, der Proberaumfonds, LCA (Live Concert Account) und die Initiative Musik.

BILDUNG

Laut den Plänen des Senats sind alle Hamburger Hochschulen von massiven Kürzungen betroffen. Die HAW etwa muss bis 2030 mindestens 660 Studienplätze abbauen. An der Universität warnte der AStA bereits davor, dort ein Studium aufzunehmen. Schon jetzt können manche Bibliotheken keine Printmedien mehr anschaffen, auch die Mensa-Preise werden angehoben.

GESUNDHEIT

Die Bundesregierung plant das Aus für die telefonische Krankschreibung, will die Zuzahlungen für Medikamente von 10 auf 15 Euro erhöhen und für Zahnersatz weniger erstatten. Hamburgs Senat gibt kein Geld für die Psychotherapieweiterbildung, kürzt beim Bachelorstudiengang Pflege und in der Drogenhilfe. Ausgerechnet die Einrichtung „Palette“ am Problemstandort Holstenstraße steht vor der Schließung.

BEZIRKE

Die Finanzbehörde hat eine Vorgabe erlassen, nach der die Behörden freierwerdende Stellen grundsätzlich für 6 bis 9 Monate nicht besetzen dürfen – bis 2030 sollen 956 Stellen komplett wegfallen. Gleichzeitig werden die Leistungen eingeschränkt: Drei Servicezentren – Blankenese, Niendorf und Süderelbe – stehen vor dem Aus. Dabei sind die Bezirksämter schon jetzt kaum in der Lage, ihre Aufgaben zu erledigen. Auf Wohngeld warten Betroffene zum Teil bis zu sechs Monate.

VERSCHWENDUNG

...ABER DAFÜR IST GELD DA

Während bei Sozialem, Bildung und Kultur gekürzt wird, verschleudern Bundesregierung und Senat Unsummen für Aufrüstung und teure Großprojekte. Hätten die Hamburger*innen beim Referendum im Mai nicht so klug entschieden, wären auch noch Milliarden für Olympia dazugekommen

**251
Mio.**

KÜHNE-OPER

Ein „Geschenk“ des mittlerweile verstorbenen Milliardärs Klaus-Michael Kühne soll der Bau der Staatsoper in der Hafencity sein. Tatsächlich aber gibt die Stadt einen dreistelligen Millionenbetrag für das Mammutprojekt aus. Festgelegt sind bereits 147,5 Millionen Euro öffentliche Gelder für das Gebäude und rund 104 Millionen Euro für die Herichtung des Grundstücks.

Anders als die Stadt hat sich die Kühne-Stiftung übrigens eine Hintertür in den Vertrag schreiben lassen. Sollten die Kosten zu stark steigen, kann sie aus dem Projekt wieder aussteigen.



**16,5
Mrd.**



**595
Mio.**



ELBTOWER

Die Hochhausruine an den Elbbrücken ist das sichtbarste Zeichen gescheiterten Größenwahns in der Hamburger Politik. Noch von Bürgermeister Olaf Scholz gestartet, übertrug der rot-grüne Senat die Realisierung seinerzeit ausgerechnet dem Skandal-Investor René Benko.

Der sitzt inzwischen im Gefängnis, die Baustelle steht seit drei Jahren still und ein neuer Immobilieninvestor versucht, das Pleite-Projekt zu retten. Das Versprechen, keinen Cent Steuergeld in den Elbtower zu stecken, hat der Senat bereits jetzt gebrochen: Für 595 Millionen Euro will er einen Teil des Hochhauses kaufen, um dort ein Naturkundemuseum unterzubringen.



**108
Mrd.**

AUFRÜSTUNG

Bis zum Jahr 2030 plant die Bundesregierung eine Steigerung der Militärausgaben auf 183 Milliarden Euro: Das sind 30 Prozent des Kernhaushaltes. Fast jeder dritte Euro, den der Bund ausgibt, geht damit in die Armee und neue Waffen! Selbst wenn man meint, die Verteidigung nach dem Angriff Putins auf die Ukraine stärken zu müssen: Diese Aufrüstungspolitik hat inzwischen jedes Maß verloren.

U-BAHN-LINIE U5

Einmal quer durch Hamburg soll ab den 2030er Jahren die U-Bahn-Linie 5 verlaufen. Nichts gegen den Ausbau des Nahverkehrs, aber dieses Projekt zeigt, wie man es nicht machen sollte. Für den Bau des Tunnels werden Unmengen Erde bewegt und klimaschädlicher Beton angerührt, die Fertigstellung dauert Jahrzehnte. Eine Straßenbahn würde dagegen nur einen Bruchteil kosten. Ihr Bau wäre deutlich schonender für Stadt und Umwelt, viel schneller fertig und könnte größere Teile der Bevölkerung an den Nahverkehr anbinden.

A26 OST

Um Klima und Umwelt zu schützen, müssen wir eigentlich weg vom Autoverkehr.

Doch in Wilhelmsburg wird zurzeit eine geplante, als hätten wir noch immer die nicht nur aus der Zeit gefallen, sondern 2,3 Milliarden werden die Baukosten be



ALTERNATIVEN

DAS WÜRDEN DIE LINKE TUN:

Es ist kein Geld da? Stimmt nicht! Es ist nur falsch verteilt. Wir meinen: Anstatt die Ausgaben immer weiter zu kürzen, sollten lieber die Einnahmen erhöht werden. Wir hätten da so ein paar Ideen

48 Milliarden Euro Ausgaben plant der Senat im Hamburger Haushalt für die Jahre 2027 und 2028 ein. Um die Mehrausgaben auszugleichen, erhöht er Kita-Gebühren, Semestergebühren für Studierende und Gebühren für Verwaltungsleistungen, etwa fürs Ummelden. Das Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr wird teurer, die Elphi-Plaza kostet neuerdings 5 Euro Eintritt pro Person. Und, und, und. Es sind geringe Summen, die auf diese Weise hereinkommen, die den Menschen, die sie aufbringen müssen, aber dennoch richtig wehtun. Um den Haushalt nachhaltig zu sanieren, bräuchte es stattdessen einen großen Wurf. Die Ideen dafür liegen auf dem Tisch. Jetzt fehlt nur noch der politische Mut, sie umzusetzen.



2,3 Mrd.

neue Autobahn
e 1950er-Jahre. Das ist
n unglaublich teuer: Auf
eziffert – Stand jetzt.

- ✓ **Luxusvillensteuer**
Ob man eine Alster-Villa für 30 Millionen kauft oder eine Eigentumswohnung für 100.000 Euro: Derzeit gilt für beides der gleiche Grunderwerbssteuersatz. **Die Linke will** das ändern und fordert eine zusätzliche Luxusvillensteuer für Immobilienkäufe ab 4 Millionen aufwärts
- ✓ **Spotify-Abgabe**
Musikstreamingdienste kassieren Milliarden, zahlen vielen Musiker*innen aber nur Centbeträge aus. **Die Linke will**, dass wie in Frankreich große Konzerne einen Teil ihrer Einnahmen in die Förderung von Livekultur stecken müssen
- ✓ **Vermögenssteuer**
Reiche sollten endlich angemessen ihren Beitrag leisten! **Die Linke will** eine Reichensteuer von 1 Prozent auf Vermögen über 1 Million Euro, 5 Prozent auf Vermögen über 50 Millionen Euro und 12 Prozent auf Vermögen über einer Milliarde Euro
- ✓ **Vergesellschaftung von Wohnraum**
Riesige Wohnungskonzerne wie Vonovia streichen Milliarden Gewinne ein. **Die Linke will**, dass profitorientierte Großkonzerne enteignet werden und der Wohnraum vergesellschaftet wird. Das senkt die Mieten und entlastet die Menschen
- ✓ **Mehr Steuerprüfungen**
Durch die Sparmaßnahmen in den Finanzämtern gibt es kaum noch Steuerprüfungen bei Hamburgs Reichen und Konzernen. **Die Linke will** mehr Personal für mehr Steuerprüfungen. Dadurch würden die Einnahmen unterm Strich sogar steigen
- ✓ **Erbschaften gerecht besteuern**
Bei Erbschaften gilt schon seit Langem: Je mehr vererbt wird, desto niedriger die Steuerquote. **Die Linke will** das umkehren. Alle Steuerprivilegien für Reiche gehören abgeschafft
- ✓ **Leerstandsabgabe**
Aktuell stehen rund 1,1 Millionen Quadratmeter Bürofläche in Hamburg leer. **Die Linke will**, dass Eigentümer*innen, die Büros leerstehen lassen, eine Abgabe bezahlen müssen. Das würde voraussichtlich 30 Mio. Euro pro Jahr bringen

UMWELTPOLITIK

BESSERES KLIMA - MIT LINKS!

Die Klimakatastrophe ist längst da: Der Sommer 2026 gehörte zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Laut Robert-Koch-Institut gab es allein in diesem Jahr in Deutschland 16.000 Hitzetote. Doch der Senat reagiert viel zu behäbig. Vor einem Jahr gab es deshalb einen Volksentscheid, „Zukunftsentscheid“ genannt. Eine Mehrheit stimmte damals dafür, mehr Tempo beim Klimaschutz zu machen. Doch anstatt zu sinken, ist der Ausstoß von Kohlendioxid in Hamburg seitdem sogar noch angestiegen. Und Umweltsenatorin Katharina Fegebank (Grüne) erklärt die Klimaziele für „nicht erreichbar“. Das ist zu einfach, findet Die Linke. Und hat deshalb ein neues Klimaprogramm mit vielen spannenden Ideen erarbeitet. Nach und nach wird die Rathausfraktion sie nun in die Bürgerschaft einbringen.

Solarpflicht
auf allen
geeigneten
Dächern

Verbindlichen
Plan für
Entsiegelung
von Flächen
entwickeln

Grundsätzlich
Tempo 30
überall
in der Stadt

Elektronische
Außenwerbung
reduzieren
und nachts
abschalten

Kostenloser
ÖPNV
bis 2030

Fassaden-
begrünung
fördern

Keine
Fahrpreis-
erhöhungen
mehr beim HVV

Grüner
Wasserstoff
in öffentlicher
Hand

Bau
einer
zweiten
Schienen-
Elbquerung

Neue
Rechenzentren:
nur bei voriger
Bedarfsprüfung
und gesicherter
Abwärmenutzung

Klima-
schädliches
Gas Sulfuryl-
difluorid im Hafen
verbieten

Ausbau
der Abwasser-
wärmerück-
gewinnung für
Dusch- und
Warmwasser

Hochwasser-
prävention und
Schwammstadt-
Prinzip umsetzen

Reparatur-
bonus, Leih- und
Reparaturläden zur
Verminderung des
Ressourcen-
verbrauchs

Keine
Privatjet-
Flüge

Keine
Kurzstrecken-
flüge unter
500 km

Der ausführliche Klimaplan
der Linken mit allen Ideen
lässt sich im Internet nachlesen.

Dafür einfach diesen
QR-Code scannen!



WOHNUNGSPOLITIK

HER MIT DEM MIETENDECKEL!

Immer dreister greifen Immobilienunternehmen und private Vermieter*innen in die Taschen der Mieter*innen: Allein zwischen 2023 und 2026 sind die Angebotsmieten in Hamburg um 20 Prozent gestiegen – so stark wie in keiner anderen deutschen Großstadt. Ein Mietendeckel könnte die Immobilienlobby in die Schranken weisen, die Mieten senken und Hamburg bezahlbar machen



Protest gegen zu hohe Mieten in Hamburg

Von Senat und Bundesregierung bekommen wir seit Jahren zu hören: Um das Mietenproblem zu lösen, müssen wir nur mehr Wohnungen bauen. Aber: Neubau senkt keine Mieten. Neubaumieten sind teuer – in Hamburg im Schnitt 23,75 Euro pro Quadratmeter. Und die Mietpreisbremse von 2015 hilft auch nicht, denn sie hat mehr Schlupflöcher als jeder Schweizer Käse: Sie kann ganz einfach unterlaufen werden, zum Beispiel, indem Wohnungen möbliert oder frisch „modernisiert“ angeboten werden.

Ende August hat die Bundestagsfraktion der Linken einen Plan für eine neue Mietenpolitik präsentiert. Er sieht zwei Schritte vor: Als Sofortmaßnahme einen Mietenstopp. Das heißt: In angespannten Wohnungsmärkten wie Hamburg darf die Miete in laufenden Mietverträgen nicht mehr erhöht werden. Bei neuen Mietverträgen ist die Miete an den Mietenspiegel gebunden.

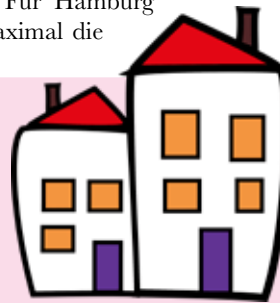
Der Mietenstopp gilt so lange, bis im zweiten Schritt ein umfangreicherer bundesweiter Mietendeckel eingeführt wird. Dabei ist wichtig: Die Miete muss sich künftig an einer echten Durchschnittsmiete orientieren. Bislang ist die Grundlage der Mietenspiegel. Bei dessen Berechnung fließen aber nur die Mieten mit ein, die in den letzten Jahren neu vereinbart oder verändert wurden – also in der Regel erhöht. Unveränderte Bestandsmieten blei-

ben außen vor. Deshalb ist der Mietenspiegel bislang verzerrt. Statt die wirklichen Preise abzubilden, treibt er die Mieten nach oben. Die Linke will dagegen, dass alle Bestandsmieten berücksichtigt werden – auch die von günstigen Sozialwohnungen.

Nicht überall in Deutschland ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt so dramatisch wie in Hamburg. Der linke Mietendeckel-Vorschlag unterscheidet deshalb zwischen Gebieten mit nicht angespanntem Wohnungsmarkt, mit angespanntem Wohnungsmarkt und mit Wohnungsnotlage. Hamburg würde unter die Kategorie Wohnungsnotlage fallen. Kern des Mietendeckels sind dauerhafte Mietobergrenzen abhängig vom Gebiet: Für Hamburg würde das bedeuten: Es darf maximal die

Mieten, die über der Durchschnittsmiete liegen, müssen nach dem Mietendeckel-Konzept in Städten mit Wohnungsnotlage gesenkt werden.

Für Hamburg würde das bedeuten: Senkung von 234.000 Wohnungsmieten, um 162 Euro im Schnitt pro Wohnung/Monat – das wären 1.944 Euro im Jahr! Insgesamt würden Hamburger Mieter*innen damit um 460 Millionen Euro pro Jahr entlastet werden.



Durchschnittsmiete verlangt werden. Wer mehr bezahlt, kann die Miete senken! Mieterhöhungen sind in Wohnungsnotlagen nicht mehr möglich.

Alle kennen das Problem: Kaum wird eine Wohnung frei, wird im neuen Mietvertrag eine

Die Angebotsmieten gehen durch die Decke – der Mietendeckel macht Schluss damit!



Derzeit liegen die Angebotsmieten in Hamburg im Schnitt bei 14,65 Euro pro Quadratmeter. Mit Mietendeckel wären es nur noch 9,51 Euro.

viel teurere Miete verlangt. Das soll nach dem Plan der Linken nicht mehr möglich sein: Die neue Miete darf nicht über der Durchschnittsmiete liegen. Liegt die Vormiete darunter, darf sie bei Wiedervermietung um maximal zwei Prozent erhöht werden. Für Vermieter*innen in wirtschaftlicher Notlage sieht das Konzept Ausnahmen und Übergangsregelungen vor.

Führt der Mietendeckel dazu, dass niemand mehr baut? Nein. In Westdeutschland gab es bis Ende der 1960er Jahre einen Mietendeckel, trotzdem wurden damals hunderttausende Wohnungen neu gebaut. Die Linke will, dass der

Mietendeckel flankiert wird von einem Investitionsprogramm für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum. Ist ein Mietendeckel mit dem Grundgesetz vereinbar? Ja, wenn er auf Bundesebene beschlossen wird. Solange das nicht passiert, setzt sich die Linke in der Bürgerschaft für eine Begrenzung der Mietsteigerungen in Hamburg ein – etwa bei der SAGA. Wir alle wollen wohnen, ohne dafür ausgepresst zu werden. Ein Mietendeckel könnte dafür sorgen, dass wieder normale Zustände auf dem Wohnungsmarkt herrschen.

Deshalb – unterschreibe die Petition für einen bundesweiten Mietendeckel:



VOLKSINITIATIVEN

2x unterschreiben für mehr Demokratie

CDU, SPD und Grüne wollen die Bedingungen für Volksentscheide in Hamburg verschärfen. Dagegen helfen nur: Volksentscheide! Bis Ende des Jahres sammelt der Verein Mehr Demokratie e.V. Unterschriften für eine Stärkung der Volksgesetzgebung. Macht mit!

DEMOKRATIE SCHÜTZEN – FAIRE VOLKSABSTIMMUNGEN

Darum geht es:

Volksinitiativen haben es jetzt schon schwer: Meist haben sie wenig Geld und können sich deshalb in der öffentlichen Auseinandersetzung oft nur mit Mühe behaupten. Trotzdem wollen SPD, Grüne und CDU ihnen noch mehr Steine in den Weg legen: Geplant ist, dass der Senat beim Meinungskampf vor einer Volksabstimmung künftig mitmischen darf. Wie es aussieht, wenn er seine ganze Meinungsmacht in die Waagschale wirft, haben wir beim Olympia-Referendum gesehen. Da war die ganze Stadt vollgepflastert mit Pro-Olympia-Propaganda. So etwas sollte in Zukunft nicht wieder vorkommen.

Die erste Unterschrift ist deshalb für faire Bedingungen.

Ein Formular mit dem Titel 'Volksinitiative Nr. 1: Demokratische Senats- und Volksabstimmungen'. Es enthält eine Tabelle mit Spalten für Name, Adresse, E-Mail, Telefon, Unterschrift und Datum. Die Tabelle ist für die Sammlung von Unterschriften ausgelegt.



Bis Ende des Jahres sammeln die beiden Volksinitiativen Unterschriften. Mehr Informationen gibt es im Internet unter:



DEMOKRATIE STÄRKEN – VETORECHT AUSBAUEN

Darum geht es:

Wenn die Bürgerschaft ein schlechtes Gesetz beschließt, können die Bürger*innen im Moment erst einmal nichts dagegen machen. Das soll nach dem Willen der Vetorecht-Volksinitiative künftig anders sein. Ihr Vorschlag: Wenn die Bürgerschaft ein Gesetz beschließt, soll es erst drei Monate später in Kraft treten. So lange haben die Bürger*innen die Möglichkeit, dagegen zu unterschreiben. Kommen genügend Unterschriften zusammen (2,5 Prozent der Wahlberechtigten), kommt es zur

Volksabstimmung. Ist die Mehrheit dann gegen das Gesetz (mindestens 20 Prozent aller Wahlberechtigten), tritt es nicht in Kraft.

Die zweite Unterschrift ist für dieses Vetorecht.

Ein Formular mit dem Titel 'Volksinitiative Nr. 2: Demokratische Senats- und Volksabstimmungen'. Es enthält eine Tabelle mit Spalten für Name, Adresse, E-Mail, Telefon, Unterschrift und Datum. Die Tabelle ist für die Sammlung von Unterschriften ausgelegt.

IMPRESSUM

Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft

Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831 2250

E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de | Web: www.linksfraktion-hamburg.de

Vi.S.d.P.: Stephan Jersch • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Gestaltung: Karin Desmarowitz • www.karindesmarowitz.de

Fotos: Karin Desmarowitz (S. 2: Fraktionsvorsitzende, S. 3: alle, S. 4 Elbtower, S. 7: Protest) | Die Linke (S. 1 und S. 2: Demo)

BIG & Yanis Amasri Sierra (S. 4: Visualisierung Kühne-Oper | BUND (S. 4: A26 Ost) | Imago/Florian Gärtner (S. 4: Aufrüstung)

NDR (S. 4: U5) | Michael von der Lohe (S. 8: Demokratie-Bus)

Die Linke

Fraktion Hamburg